

## Informationsblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Art.13 und 14 DSGVO

### 1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzrechte nach der Datenschutz-Grundverordnung im Rahmen des Whistleblowing-Prozesses

### 2. Verantwortlichkeit für die Datenerhebung

Stadt Vilsbiburg  
Stadtplatz 26  
84137 Vilsbiburg  
Telefon: 08741 305-0  
E-Mail: [stadt@vilsbiburg.de](mailto:stadt@vilsbiburg.de)

### 3. Kontaktdaten der behördlichen Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte der Gemeinden des Landkreises Landshut  
Veldener Straße 15  
84036 Landshut  
Tel.: 0871 408-2146  
E-Mail: [datenschutz@landkreis-landshut.de](mailto:datenschutz@landkreis-landshut.de)

### 4. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

#### Zwecke der Verarbeitung:

Wir stellen Hinweisgebern die Möglichkeit, über das Hinweisgebersystem oder persönlich die Bereitstellung von Informationen zur Aufklärung von Verdachtsfällen über Regelverstöße und strafbare Handlungen (Korruption, Bestechung, Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Geldwäsche, Mobbing etc.) zur Verfügung.

Im Rahmen des Whistleblowing-Prozesses werden folgende Zwecke verfolgt:

- Einhaltung der EU-Whistleblower-Richtlinie und des Hinweisgeberschutzgesetzes
- Bereitstellung einer Meldungsmöglichkeit für den Whistleblowing-Prozess über ein Portal (nicht anonym) sowie persönlich
- Bearbeitung von Meldungen
- Prüfung der Plausibilität von Hinweisen
- Aufklärung von Fehlverhalten und Einleitung Ermittlungsverfahren
- Verhinderung zukünftigen Fehlverhaltens
- Umsetzung Mitwirkungspflichten gegenüber Strafverfolgungsbehörden

#### Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO – Erfüllung rechtlicher Bestimmungen (i.V.m EU-Whistleblowing Richtlinie und dem Hinweisgeberschutzgesetz). Des Weiteren kann die Offenlegung personenbezogener Daten im Rahmen von behördlichen oder gerichtlichen Maßnahmen erforderlich sein.
- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO – Soweit erforderlich, verarbeiten wir weitere Daten zur Erfüllung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (i.V.m EU-Whistleblowing Richtlinie und dem Hinweisgeberschutzgesetz).

- Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO – Sofern eine entsprechende Einwilligung abgefragt wurde, erfolgt die Verarbeitung ausschließlich auf Grundlage Ihrer erteilten Einwilligung. Die Einwilligung ist jederzeit widerrufbar.
- Art. 88 DSGVO – Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext (z. B. Kollektivvereinbarungen).

## **5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Hinweisgeber können unter Verwendung ihrer persönlichen Daten im Hinweisgebersystem kommunizieren.

**Es werden folgende personenbezogene Daten verarbeitet:**

- Bestandsdaten
- Kontaktdaten
- Inhaltsdaten
- Meta-/Kommunikationsdaten
- alle weiteren Daten, die bereitgestellt werden

**Weiter werden folgende personenbezogene Daten der Beschuldigten verarbeitet:**

- Bestandsdaten
- Kontaktdaten
- Inhaltsdaten
- alle weiteren Daten, die bereitgestellt werden

### **Quelle der personenbezogenen Daten**

Wir erheben die personenbezogenen Daten direkt beim Hinweisgeber (durch die Bereitstellung) und bei der beschuldigten Person. Die Daten werden über ein Online-Formular mittels Online-Tool bereitgestellt oder auch mündlich erhoben.

### **Empfänger von personenbezogenen Daten**

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur zu den oben beschriebenen Zwecken. Ihre Daten werden an folgende Stellen weitergegeben:

- Dienstleister, die wir im Rahmen von Auftragsverhältnissen nutzen
- Mit uns gemeinsam Verantwortliche
- Zuständige interne Beschäftigte (z. B. interne Ermittler)
- Zuständige Whistleblowing-Beauftragte

In speziellen Fällen, bei denen eine entsprechende Autorisierung (z. B. richterliche Verfügung) vorliegt:

- Behörden: z. B. Gerichte, Strafverfolgungsbehörden
- Externe Meldestelle

## **6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland**

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland zu übermitteln.

## **7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten**

Die erhobenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Nach § 11 HinSchG: Die Dokumentation

wird drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach diesem Gesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

## **8. Betroffenenrechte**

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

## **9. Pflicht zur Bereitstellung von Daten**

Sie sind nicht zur Bereitstellung der Daten verpflichtet, jedoch können bestimmte Vorgänge nicht bearbeitet werden.

## **10. Widerrufsrecht bei Einwilligung**

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe 2. Verantwortlichkeit für die Datenerhebung) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.